

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 23. Jänner 2001

Teil III

**19. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes**

### 19.

#### ABKOMMEN

**zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes**

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhaß, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

#### Artikel 1

##### Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Rat“ den in der Tschechischen Republik errichteten „Tschechischen Rat für die NS-Opfer – Büro für Leistungen gemäß dem österreichischen Versöhnungsfonds-Gesetz“.

#### Artikel 2

##### Gegenstand des Abkommens

Die Österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 501 Millionen über den Rat einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur

Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation tschechoslowakische Staatsbürger waren, heute tschechische Staatsbürger sind und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Tschechischen Republik hatten.

### **Artikel 3**

#### **Grundsätze für den Empfang von Leistungen**

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (ÖS 105 000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35 000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20 000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des zwölften Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern), und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5 000),

im Zeitpunkt ihrer Deportation tschechoslowakische Staatsbürger waren, heute tschechische Staatsbürger sind und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Tschechischen Republik hatten.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz des Rates befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach tschechischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, daß auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

(4) Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Tschechischen Republik informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

### **Artikel 4**

#### **Grundsätze für die Erbringung der Leistung**

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch den Rat. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der vom Rat übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto des Rates, das die Regierung der Tschechischen Republik der Österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Leistungen nach diesem Abkommen sind von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, ohne Abzüge weiterzugeben und dürfen insbesondere zu keiner Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen führen.

(4) Der Rat wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen er abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle des Rates eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung des Rates vorzusehen, deren Auswahl im Einvernehmen zwischen dem Rat und dem Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, daß die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und dem Rat zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der beim Rat entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

#### **Artikel 5**

##### **Datenschutz**

(1) Der Rat und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen des Rates oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

#### **Artikel 6**

##### **Vertretung**

(1) Die Regierung der Tschechischen Republik kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Tschechischen Republik wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten des Rates, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

#### **Artikel 7**

##### **Rechtssicherheit**

Die Tschechische Republik wird weitere Forderungen gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

#### **Artikel 8**

##### **Anträge früherer tschechoslowakischer und tschechischer oder heutiger tschechischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens**

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer tschechoslowakischer und tschechischer oder heutiger tschechischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

#### **Artikel 9**

##### **Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:

**Dr. Wolfgang Schüssel**

Für die Regierung der Tschechischen Republik:

**Jan Kavan**

# **DOHODA**

## **MEZI RAKOUSKOU SPOLKOVOU VLÁDOU A VLÁDOU ČESKÉ REPUBLIKY**

### **O SPOLUPRÁCI PŘI DOBROVOLNÝCH PLNĚNÍCH RAKOUSKÉ REPUBLIKY VE VZTAHU K OSOBÁM, KTERÉ V MINULOSTI VYKONÁVALY OTROCKÉ A NUCENÉ PRÁCE PRO NACIONÁLNĚ SOCIALISTICKÝ REŽIM**

RAKOUSKÁ SPOLKOVÁ VLÁDA A VLÁDA ČESKÉ REPUBLIKY,

dále jen "smluvní strany",

UVĚDOMUJÍCE SI, že diktatura a válka přinesly nenávist k cizincům, nesvobodu, rasismus, intoleranci a masové vyvražďování a že ojedinělost zločinu holocaustu nemajícího obdoby a genocidu slovanských a dalších národů jsou napomenutím k neustálé bdělosti vůči všem formám diktatury a totalitarismu,

PŘESVĚDČENY, že pouze spravedlností a usmířením mohou být zajištěny trvalá stabilita a pokojné a bezpečné soužití a že vědomosti o strukturách a mechanismech národně socialistického bezprávního systému a citlivost vůči nim musí být budoucím generacím předávány jako výstraha pro budoucnost,

VEDENY PŘÁNÍM vybudovat spolupráci mezi smluvními stranami, tak aby se zohledněním zodpovědnosti příslušných podniků bylo poskytnuto dobrovolné plnění Rakouské republiky osobám, které v minulosti vykonávaly otrocké a nucené práce pro nacionálně socialistický režim na území dnešní Rakouské republiky,

UVĚDOMUJÍCE SI, že toto dobrovolné plnění Rakouské republiky podstatnou měrou přispěje k usmíření, míru a porozumění mezi evropskými národy,

SE DOHODLY TAKTO:

## **ČLÁNEK 1**

### **Definice**

Pro účely této dohody

(1) označuje pojem "Fond" fond zřízený rakouským spolkovým zákonem pro dobrovolná plnění Rakouské republiky ve vztahu k osobám, které v minulosti vykonávaly otrocké a nucené práce pro národně socialistický režim (Fond usmíření).

(2) označuje pojem "Rada" "Českou radu pro oběti nacismu - Kancelář pro zpracování plateb podle rakouského zákona o Fondu usmíření", zřízenou v České republice.

## **ČLÁNEK 2**

### **Předmět dohody**

Rakouská spolková vláda dá podnět Fondu, aby prostřednictvím Rady poskytl jednorázové finanční příspěvky v maximální výši 501 milionů ATS fyzickým osobám, které byly národně socialistickým režimem deportovány na území dnešní Rakouské republiky a přinuceny k otrockým nebo nuceným pracím a které byly v okamžiku své deportace československými státními občany, dnes jsou českými státními občany a 15. února 2000 měly trvalé bydliště v České republice.

### ČLÁNEK 3

#### Zásady pro přijetí plnění

(1) Jako příjemci plnění přicházejí v úvahu osoby, které byly nacionálně socialistickým režimem deportovány na území dnešní Rakouské republiky k otrockým nebo nuceným pracím, pokud nemohou obdržet plnění z titulu někdejších otrockých a nucených prací od nadace "Připomínka, odpovědnost a budoucnost" Spolkové republiky Německo, a to

a) osoby, jež vykonávaly otrocké práce (ATS 105.000),

b) osoby, jež vykonávaly nucené práce v průmyslu (ATS 35.000),

c) osoby, jež vykonávaly nucené práce v zemědělství (ATS 20.000),

d) společně s nimi deportované děti a nezletilí do 12. roku věku a děti, které se během nuceného nasazení své matky narodily na území dnešní Rakouské republiky (podle kategorie rodičů) a

e) osoby ženského pohlaví, které vykonávaly nucené práce a porodily děti v porodnicích určených nuceně nasazeným ženám z východu nebo byly přinuceny k umělému přerušení těhotenství (navíc ATS 5.000),

jež byly v okamžiku své deportace československými státními občany, dnes jsou českými státními občany a 15. února 2000 měly trvalé bydliště v České republice.

(2) O plnění je třeba požádat osobně a výslovně. Osoby, jejichž úplné a přezkoumané podklady o jimi vykonaných otrockých a nucených pracích se nacházejí v držení Rady, nejsou povinny podávat nové žádosti o vyplacení. Zemřela-li osoba oprávněná k přijetí plnění dne 15. února 2000 nebo po tomto datu, pak nastupují na její místo dědici dle českého práva. Právní nárok na plnění dle této dohody neexistuje.

(3) Žadatel musí předpoklady pro poskytnutí finančních dávek doložit listinami nebo musí jejich hodnověrnost prokázat jiným způsobem. Při převzetí plnění je pak třeba učinit prohlášení, že se žadatel neodvolatelně zříká uplatňování požadavků vůči Rakouské republice a rakouským podnikům, jakož i vůči Spolkové republice Německo a německým podnikům za otrocké a nucené práce dle této dohody.

(4) Rakouská spolková vláda a vláda České republiky se budou vzájemně zvláště informovat o podrobnostech úpravy přijímání a rozsahu plnění.

#### ČLÁNEK 4

##### **Zásady pro poskytnutí plnění**

(1) Vyplácení prostředků poskytnutých Fondem bude prováděno prostřednictvím Rady. Prostředky Fondu budou přidělovány podle potřeby v co nejkratší možné lhůtě na základě Radou předaných a Fondem namátkově kontrolovaných seznamů osob dle kategorií uvedených v článku 3, odstavec 1, jež splňují předpoklady pro poskytnutí plnění.

(2) Platby budou prováděny v konvertibilní měně (devizách) na účet Rady, který vláda České republiky udá rakouské spolkové vládě.

(3) Plnění dle této dohody je třeba osvobodit od všech dávek, daní a poplatků a předat dále bez srážek. Obzvláště nesmí plnění přivodit snížení příjmů oprávněných osob ze systému sociálního zabezpečení, zdravotnictví či jiných oblastí.

(4) Rada bude dbát, aby osoby, jejichž žádosti o plnění byly odmítnuty, byla poskytnuta možnost dovolat se v místě pro přijímání stížností při Radě zřízeném.

(5) V zájmu maximální transparentnosti při provádění této dohody je třeba naplánovat odpovídající pravidelný mezinárodní audit Rady, který bude vybrán se souhlasem Rady i Fondu. Vzniklé náklady bude hradit Fond.

(6) Při poskytování plnění je třeba učinit taková opatření, aby byl odpovídajícím způsobem zdůrazněn rakouský původ prostředků a účel plnění, a to jak vůči oprávněným osobám tak vůči veřejnosti.

(7) Podrobnosti poskytování plnění je třeba upravit ve smlouvách mezi Fondem a Radou. V těchto smlouvách je třeba také upravit převzetí přiměřeného krytí nákladů na zaměstnance a věcných nákladů Rady z prostředků Fondu. Dále je třeba zajistit, aby u osob, které vykonávaly otrocké a nucené práce a jsou oprávněny k přijetí plnění jak z německé nadace, tak z Fondu, nedocházelo k zdvojení plateb.

## **ČLÁNEK 5**

### **Ochrana dat**

(1) Rada a Fond jsou oprávněny si od úřadů a jiných veřejných institucí opatřovat informace, které jsou nezbytné pro plnění jejich úkolů. Informace nebude poskytnuta, pokud tomu brání zvláštní zákonná ustanovení nebo pokud ochrany hodný zájem dotčené osoby na uchování informace v tajnosti převáží nad oprávněným zájem Rady či Fondu na poskytnutí informace.

(2) Opatřené informace smějí být použity pouze pro plnění účelů dle této dohody, osobní data žadatele pak pouze pro řízení spojené s poskytnutím plnění. Použití těchto údajů pro jiné účely je přípustné, pokud s tím žadatel výslovně souhlasí.

## **ČLÁNEK 6**

### **Zastoupení**

(1) Vláda České republiky může vyslat svého zástupce jako člena do kuratoria Fondu usmíření.

(2) Vláda České republiky se postará o to, aby Fondem jmenovaným osobám bylo povoleno nahlédnout do práce Rady, která souvisí s prováděním této dohody.

## **ČLÁNEK 7**

### **Právní jistota**

Česká republika nebude uplatňovat další požadavky vůči Rakouské republice či rakouským podnikům z titulu někdejších otročských a nucených prací za nacionálně socialistického režimu na dnešním území Rakouské republiky a nebude je zastupovat ani podporovat.



**ČLÁNEK 8****Žádosti dřívějších československých a českých občanů nebo dnešních českých státních občanů mimo rámec dohody**

Tato dohoda se nedotýká možnosti dřívějších československých a českých občanů nebo dnešních českých státních občanů, kteří nespádají pod tuto dohodu, směřovat žádosti přímo na Fond.

**ČLÁNEK 9****Nabytí platnosti**

Tato dohoda vstoupí v platnost dnem doručení pozdějšího ze sdělení, kterými se budou smluvní strany navzájem informovat o splnění vnitrostátních náležitostí potřebných pro její vstup v platnost.

DÁNO ve Vídni dne 24. října 2000, ve dvou originálech, každý v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za rakouskou spolkovou vládu:

**Dr. Wolfgang Schüssel**

Za vládu České republiky:

**Jan Kavan**

Die Mitteilungen gemäß Art. 9 des Abkommens langten am 5. bzw. 12. Dezember 2000 bei den Vertragsparteien ein; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 9 mit 12. Dezember 2000 in Kraft getreten.

**Schüssel**